

# Solarpotenzial mit Tücken

**WILA** Geht es nach den Photovoltaik-Enthusiasten, könnten von allen Dächern der Oberländer Häuser Solarzellen blinken. Ob sich die Technik rentiert, ist eine ganz andere Frage. An einem Informationsanlass von Pro Zürcher Berggebiet in Wila wurde das Solarpotenzial in der Region aufgezeigt.

Weil die Landwirtschaft stark von den natürlichen Ressourcen abhängig ist, beschäftigt sich Pro Zürcher Berggebiet auch mit erneuerbaren Energien. In der vergangenen Woche stellte der Verein in Wila die Möglichkeiten von Solartechnik in der Region vor. «Wenn auf allen Dächern unserer Mitgliedsgemeinden Solaranlagen gebaut würden, könnten 40 000 Haushalte mit Solarstrom abgedeckt werden.» So die kühne Behauptung von Projektleiter Christian Stutz zur Eröffnung des Info-Anlasses im Mehrzwecksaal Eichhalde.

Emphatisch gingen die Vorträge weiter. Referent Lorenz Vetter vom Solarenergiekraftwerk Ossingen im Zürcher Weinland versuchte alles, um die Wiler zur Investition in private Solarzellen zu überreden. Pro Jahr produziere seine Stadt über eine Million Kilowattstunden Strom aus Sonnenenergie. «Wir sparen damit jährlich 1350 Tonnen CO<sub>2</sub> ein.» Deshalb sein Appell ans Publikum: Die Zuhörer sollten so schnell wie möglich Solaranlagen bauen.

## Gute Voraussetzungen

Für Thalia Meyer von der Spektrum-Energie GmbH aus Felben-Wellhausen steckt im Zürcher Oberland noch einiges an Entwicklungspotenzial. «Heute kann hier rund ein Prozent des Stromverbrauchs mit Strom aus Photovoltaik-Anlagen gedeckt werden. Das Potenzial zur Nutzung der Solarenergie in der Region ist noch gross.» Hinzu komme, dass sich mancher Ort im Oberland in einer höheren Lage befände. Und je höher eine Anlage gelegen sei, desto weniger Nebel beeinträchtige die Sonneneinstrahlung, was ebenfalls für das grosse Potenzial spreche.

Etwas kritischer war der Vortrag von Christian Wolf. Als Geschäftsleitungsmitglied der MBR-Solar AG Thurgau wollte er keine pauschale Aussage über die Wirtschaftlichkeit beim Bau einer Photovoltaik-Anlage machen: «Der Bau jeder Anlage ist ein in sich geschlossenes Investitionsprojekt, das von vielen einzelnen Faktoren abhängt.»

**«Ob man in Zukunft rentable Photovoltaik-Anlagen bauen kann, ist noch unklar.»**

Christian Wolf,  
MBR-Solar AG Thurgau

Die Anlagen hätten zwar inzwischen eine Nutzungsdauer von 30 bis 40 Jahren. Ebenso sei die Leistungsabnahme, die sich mit der Betriebsdauer im Lauf der Jahre einstelle, bescheiden. Die Anschaffung sei aber mit hohen Kosten verbunden. «Damit man einen garantierten Stromertrag hat, muss man die Anlagen unterhalten, reinigen und überwachen.» Pro Kilowattstunde koste das zusätzliche vier bis sechs Rappen, gab Wolf zu bedenken.

Die Rentabilität müsse jedes Mal individuell geprüft werden.

Vor allem der Anschluss an das öffentliche Stromnetz sei oft «das Killerkriterium für die Rendite», erklärte Wolf. Ohne einen Stromanschluss gehe es nicht. Schliesslich müsse der Strom, der produziert werde, auch irgendwo eingespeist werden. Liege die Anlage aber weit weg von einer Trafostation, müsse möglicherweise zuerst die Netzleitung verstärkt werden – und das könne sehr teuer werden.

## Genau kalkulieren

Abschrecken könnte die Investoren auch die ungewisse Zukunft der Technik. «Ob man in Zukunft rentable Photovoltaikanlagen bauen kann, ist unklar», sagte Wolf. Es hänge von der Entwicklung der Strom- und Anlagekosten ab – und von den Subventionen. Zwar halte der Bund mit der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) ein Instrument bereit, um die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien zu fördern – es garantiere dem Energieproduzenten einen Strompreis, der seinen Produktionskosten entspreche. Ob es die KEV aber auch in Zukunft geben werde, stehe in den Sternen.

Christian Wolf sprach Klartext: «Die Energiestrategie 2050 ist noch undefiniert. Viele Ideen sind da, von einer Strategie kann aber nicht die Rede sein.» Solange diese kritischen Fragen nicht geklärt sind, rät Wolf dem Investor, genau zu kalkulieren, bevor er sich für den Bau einer Photovoltaikanlage entscheidet. Übersetzt heisst dies: Sind die Bedingungen nicht gegeben oder unklar, sollte man auf eine Investition verzichten.

## Viel Idealismus

Die wenigsten der rund 50 Zuhörer liessen sich von solchen Argumenten abschrecken. Markus Grunder und Bruno Baumann könnten sich eine Investition vorstellen. Jürg Hintermann aus Felmis ist gerade dabei, auf dem Dach seines Geflügelhofs eine Solaranlage von knapp 1000 Quadratmetern zu errichten. Dass die KEV bald nicht mehr existieren könnte, macht ihm keine Sorgen. «Ich mache das aus Idealismus.»

Unternehmer Artho Holz aus St. Gallenkappel steht der Solarenergie dagegen skeptisch gegenüber: «Für mich ist es nur dann eine Option, wenn ich die Anlage mit meinem eigenen Kapital finanzieren kann.» Im Moment glaube er aber noch nicht, dass die Technik wirtschaftlich sei.

Lukas Elser



Wirtschaftlichkeit weiterhin umstritten: Obschon im Oberland viel Potenzial für die Erstellung von Solaranlagen vorhanden ist, raten Experten, vorab deren Rentabilität eingehend zu prüfen.

Archivbild Stefan Hartmann

## TOOLS FÜR INTERESSIERTE

### Eigene Solaranlage online berechnen

Wer mit der Idee spielt, eine Solaranlage auf dem Dach aufzustellen, kann sich auf verschiedenen Internetplattformen wie [www.pvcalculator.ch](http://www.pvcalculator.ch) oder [www.swissolar.ch](http://www.swissolar.ch) schlau machen. Dort können Interessierte etwa die geografische Lage ihres Hauses, die Neigung des Dachs und die vorgesehene Fläche der Anlage eingeben und berechnen, ob

sich die Anschaffung für sie wirklich lohnen würde. Ist ihnen dabei die Lust nicht vergangen, holen sie sich eine Offerte bei einem Fachmann ein. Geeignet sind grosse Dächer mit südlicher Ausrichtung und optimalem Neigungswinkel. Wichtig ist auch, dass kein Hügel oder kein Schornstein einen Schatten auf die Solarzellen wirft. *lue*

## Bäumele erneut im Visier der Staatsanwaltschaft

**DÜBENDORF** Das Zürcher Obergericht fordert die Staatsanwaltschaft auf, gegen den Dübendorfer Stadtrat Martin Bäumle zu ermitteln. Dies wegen eines Verdachts auf eine Verletzung des Amtsgeheimnisses.

Das Zürcher Obergericht hat in einem Beschluss festgelegt, dass die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen den Dübendorfer Stadtrat und GLP-Nationalrat Martin Bäumle wegen Amtsgeheimnisverletzung erneut aufnehmen muss. Dies bestätigte der zuständige Staatsanwalt gegenüber der «Sonntags-Zeitung». Die Staatsanwalt-

schaft hatte das Verfahren gegen Bäumle laut dem Zürcher Obergericht zu Unrecht eingestellt.

Der Fall geht auf das Jahr 2011 zurück, als die Dübendorfer Stimmbürger die Baupläne für das 114 Meter hohe Hochhausprojekt auf dem Giessen-Areal bachab schickten. Vor der Abstimmung hatte Bäumle den Medien Betriebsregistrauszüge des Grundstückbesitzers zukommen lassen. Der Stadtrat rügte ihn für dieses Vorgehen, die Staatsanwaltschaft leitete aufgrund einer Anzeige ein Verfahren wegen Amtsgeheimnisverletzung gegen Bäumle ein (wir berichteten). Dieses stellte sie aber Ende Januar 2014 ein,

weil die Staatsanwaltschaft davon ausging, dass sich Bäumle nicht strafbar gemacht hatte. Er sei davon ausgegangen, dass die Betriebsregistrauszüge für jedermann zugänglich seien.

Gegen diesen Entscheid legte der Grundeigentümer Beschwerde ein und gelangte ans Obergericht, das ihm nun recht gibt. Bäumle hätte in seiner Funktion als Nationalrat wissen müssen, dass laut dem Bundesgesetz das Betriebsregister grundsätzlich nicht öffentlich sei. Ob es zu einer Verurteilung kommt, ist allerdings fraglich. Das Obergericht schätzt die Wahrscheinlichkeit eines Freispruchs in etwa gleich hoch ein. *mfr*

## Einsprache gegen Flughafen-Betriebsreglement

**REGION** Das Fluglärforum Süd verlangt die Streichung des Flugplatzes Dübendorf aus dem SIL-Objektblatt. Dübendorfs Stadtpräsident Lothar Ziörjen erklärt den Schritt mit deutlichen Worten.

Das vom Flughafen Zürich beantragte Betriebsreglement 2014 erweist sich in den Augen des Fluglärforums Süd als «Mogelpackung, die Kapazitätserhöhungen aus Sicherheitsgründen zu erreichen versucht». Die Gemeinden des Fluglärforums Süd, welche juristisch einspracheberechtigt sind, verlangen, dass der Flugplatz Dübendorf

aus dem SIL-Objektblatt gestrichen wird. Zudem bringen sie erneut die Forderung auf, das Absturzrisiko bei der Routenfestlegung einzubeziehen, wie es in einer Mitteilung heisst.

Von den 30 Mitgliedsgemeinden haben 17 eine Einsprache erhoben, welche unter anderem bewirken soll, dass der Flugbetrieb in Dübendorf eingestellt wird. Unter den Einsprechenden sind die Städte Dübendorf und Uster.

### Geltendes Recht verletzt

«Die Anwälte haben hervorragende Arbeit geleistet. Die Einsprachen zeigen im Detail, wie auch heute noch versucht wird,

geltendes Recht oder bundesrichterliche Anordnungen zu missachten», wird Lothar Ziörjen, Präsident des Fluglärforums Süd, in der Mitteilung zitiert. Die verlangten Änderungen am SIL-Objektblatt widersprechen dem Umweltschutzgesetz, der Raumplanungsverordnung und dem kantonalen Raumplanungsrecht, präzisiert Dübendorfs Stadtpräsident weiter.

Die Oberländer Gemeinden, welche dem Fluglärforum Süd angehören, sind Dübendorf, Fällanden, Egg, Greifensee, Maur, Mönchaltorf, Schwerzenbach, Volketswil, Wangen-Brüttisellen und Uster. *mfr*